

**Pressemitteilung vom 04.03.2013**

## **Grüne in Rheinland-Pfalz treten Bürgerbeteiligung mit Füßen! Zweite Anhörung nur zum Schein ausgelegt?**

**Mainz.** Sollen weit über 3000 Einwendungen zur neuen LEP IV Novelle unberücksichtigt bleiben? Diese Frage stellen sich nicht nur die Naturschützer im Land. Insiderberichten zufolge will die rot-grüne Landesregierung die Einwände, die gegen den 2. Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplan IV (LEP IV) bei der Abteilung „Landesplanung“ des Wirtschaftsministeriums eingegangen sind, NICHT berücksichtigen. Und das, obwohl gerade die Grünen mit dem Anspruch in den Wahlkampf gezogen sind, deutlich mehr Bürgerbeteiligung zu ermöglichen und dafür sicherlich auch kräftig Stimmen bekommen haben.

Offenbar waren sich die Grünen ihrer Sache sehr sicher und haben nicht damit gerechnet, dass der Schuss auch nach hinten losgehen kann. Das genau ist nämlich passiert. Sind schon bei der Auslegung des ersten Entwurfs des LEP IV laut Presseberichten fast 1000 Einwendungen eingereicht worden und alle Naturschutzverbände in Rheinland-Pfalz dagegen Sturm gelaufen, so ist heute schon klar: auch der zweite Entwurf wird wegen unzureichender Berücksichtigung des Naturschutzes und Verstößen gegen rechtliche Bestimmungen (z.B. Bundesnaturschutzgesetz, Naturparkverordnung) von allen Naturschutzverbänden und von weit über 3000 Bürgerinnen und Bürgern in seiner jetzigen Form strikt abgelehnt. Trotzdem sollen diese Einwendungen nicht angemessen berücksichtigt werden. Die Grünen haben offensichtlich nicht einkalkuliert, dass Ihre eigene Klientel etwas dagegen haben könnte, dass man Biosphärenreservate, Natura 2000 Gebiete und Naturparke für die sogenannten "Windhunde" freigibt. Das "JUWI Gesetz" will keiner!

Diese Fehleinschätzung soll nun unter den Tisch fallen, weil man sich keine Blöße geben will. Statt den Bürgerwillen zu respektieren wird er mit Füßen getreten.

Soll **Bürgerbeteiligung** nun **nur in Form von finanzieller Beteiligung an Windrädern** stattfinden, die gerade in windarmen Gebieten oft nicht rentieren? Trägt der Bürger also auch das finanzielle Risiko? Soll das ein **Stuttgart 21 in den Farben rot und grün** werden?

Sollte die Landesregierung die Anzahl der Einwendungen bestreiten, so müsste sie das schon sehr gut erklären. Die Initiative Pro Pfälzerwald hat bis Ende des Jahres 2012 nachweislich knapp unter 2000 Einwendungen in Form von Emails, Unterschriftenlisten und Postkarten auf den Weg gebracht. Da ist noch keine Rede von den Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger aus den anderen Landesteilen. Die Art und Weise, wie die Landesregierung auf die berechtigten Einwendungen einer großen Anzahl von Bürgern und anerkannter, dem Natur- und Umweltschutz verbundener Organisationen reagieren wird, wirft ein bezeichnendes Licht auf deren Demokratieverständnis. Dieses Verhalten kommt einem Akt hochmütiger Ignoranz gleich und verspielt jedwede Glaubwürdigkeit der Grünen. Wer so wertvollste Natur- und Kulturlandschaften vernichtet und vorsätzlich die Wirtschaft einer ganzen Region schädigt wird ein Desaster verantworten müssen. Es kann nicht sein, dass Vertreter aus der Windkraftbranche die Feder bei Gesetzestexten führen! Die Bundestagswahl im September gibt jedenfalls jedem Wähler die Gelegenheit, politische Denkkzettel zu schreiben.

Stefan Huwer, Geiselberg  
Initiative Pro Pfälzerwald